

Anna **CAVAZZINI** MdEP
Terry **REINTKE** MdEP
Sergey **LAGODINSKY** MdEP
Katharina **DRÖGE** MdB
Franziska **BRANTNER** MdB

Das Abkommen über die zukünftigen Beziehungen der EU mit UK

Damit hatten wir fast nicht mehr gerechnet: Pünktlich zu Weihnachten hat uns das Verhandlungsteam der Kommission und die britische Regierung am Heiligabend einen Brexit-Deal präsentiert. Damit war klar, dass das Abkommen innerhalb einer Woche zwischen den Jahren auf gar keinen Fall mehr durch ein reguläres parlamentarisches Verfahren im Europäischen Parlament oder im Rat ratifiziert werden konnte. Das britische Parlament hingegen hat den Vertrag wenige Tage später bereits ratifiziert und der Rat eine vorläufige Anwendung beschlossen. **So begann die Übergangszeit der vorläufigen Anwendung, in der wir uns gerade befinden.** Sie wurde von Februar bis Ende April verlängert.

Wir Grüne haben die späte Einigung sowie die vorläufige Anwendung stark kritisiert, da die demokratische Überprüfung, Kontrolle und die eventuelle Zustimmung zu diesem einmaligen Abkommen in diesem kurzen Zeitraum kaum zu schaffen ist. **Das Abkommen über die zukünftigen Beziehungen der EU mit UK ist umfassend und geht über ein reines Handelsabkommen hinaus,** da es auch die Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung und der Justiz in Strafsachen sowie im Bereich des Gesundheitsschutzes und der Cybersicherheit, Fragen der sozialen Sicherheit und der künftigen Teilnahme des Drittstaats UK in Unionsprogrammen beinhaltet.

Klar ist für uns weiterhin: **Ein Verbleiben von UK in der EU wäre die beste aller Lösungen gewesen** und natürlich ist das Abkommen schlechter als die EU-Mitgliedschaft, zum Beispiel mit Blick auf die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Grund hierfür ist, dass UK nicht in der Zollunion und auch nicht im gemeinsamen Rechtsraum mit gemeinsamen Mindeststandards verbleiben und vor allem aus der Personenfreizügigkeit aussteigen wollte.

Und dieser Deal hat in den ersten Wochen seiner vorläufigen Anwendung bereits **Probleme durch Leerstellen oder mangelhafte Umsetzung der Vereinbarungen** verursacht - leider insbesondere in der **Irlandfrage**. Hier wird die Situation dadurch verkompliziert, dass mit der vorläufigen Anwendung des Abkommens mit der UK auch das Nordirland-Protokoll des Austrittsabkommens in Kraft trat, nach dem Nordirland mit Bezug auf den Warenhandel Teil des EU-Binnenmarktes und seiner Regeln bleibt, mithin die Zoll- und Warengrenze in die irische See verschoben wurde. Auf der Insel konnte man daher die Auswirkung des Austritts Großbritanniens aus dem Binnenmarkt und des Teilverbleibs Nordirlands im Binnenmarkt direkt spüren. An vielen Stellen haken die Lieferketten wegen unklarer Zollvorschriften, Fisch verrottet in den Häfen und die Supermarktregale bleiben leer. Wir sind davon überzeugt, dass es deswegen jetzt umso wichtiger ist, eine gemeinsame Zukunftsperspektive zu schaffen.

Anna **CAVAZZINI** MdEP
Terry **REINTKE** MdEP
Sergey **LAGODINSKY** MdEP
Katharina **DRÖGE** MdB
Franziska **BRANTNER** MdB

Wie angespannt die Lage ist, hat auch das kurzfristige Desaster der von der Leyen-Kommission im Umgang mit Nordirland in der Frage der Exportkontrolle von Impfstoffen gezeigt. Auch wenn nur für wenige Stunden das Auslösen des Artikel 16 im Nordirlandprotokoll im Raum stand, ist viel Vertrauen zerstört worden. Die Gewalt in Nordirland in der ersten Märzwoche hat einen noch düstereren Ausblick gegeben.

Das alles verdeutlicht, wie fragil der Frieden auf der irischen Insel immer noch ist. Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die Einführung neuer Kontrollen an den Seegrenzen für Lebensmittel, Pakete und Haustiere ohne Zustimmung der EU zu verzögern, veranlasste die Kommission Mitte März, rechtliche Schritte einzuleiten. **Die Europäische Union muss ihr Versprechen eines Friedensprojektes einhalten** - das bedeutet für uns, Verantwortung für den Frieden auf der irischen Insel zu übernehmen.

Eine grüne Kurzbewertung des Deals

Das Abkommen zeichnet sich durch seine **Fragilität** aus, wodurch politische Konflikte vorprogrammiert sind. Dies liegt an der Nutzung unbestimmter Rechtsbegriffe in zentralen Bereichen und schwachen institutionellen Verfahren. Zum Beispiel hängt das gesamte Level-Playing Field an einer einzigen Instanz, mit einem aus drei Personen zusammengesetzten Panel. Außerdem sind an zahlreichen Stellen relativ einfache und kurzfristige Wege zum Ausstieg aus dem Abkommen eingebaut. Daher ist für uns die **zukünftige parlamentarische Kontrolle entscheidend**, die bei der Umsetzung bis hin zur Änderung des Deals gegeben sein muss.

Das EU-UK-Abkommen ist kein herkömmliches Handelsabkommen, da es die Beziehungen mit einem Staat regelt, der 47 Jahre im Binnenmarkt war, und das Abkommen außerdem viel mehr Bereiche als nur Handel umfasst. **Klimaziele sind als essentieller Bestandteil des Abkommens und soziale und Umweltstandards durchsetzbar verankert**. Das haben wir Grüne immer für Handelsabkommen gefordert und das muss die Blaupause für alle zukünftigen Abkommen sein. **Auch wenn wir in manchen Bereichen wie dem Datenschutz noch große Bedenken haben, werden wir Grüne dem EU-UK Abkommen im Europaparlament zustimmen**. Im Folgenden analysieren wir die einzelnen Bereiche ausführlich.

Ein großer Erfolg: Klimaziele als essentielles Element des Deals

Wir Grüne haben lange dafür gestritten: Endlich sehen wir **Klimaziele als essentiellen Bestandteil in einem Handelsabkommen** verankert. Wenn gegen die Ziele und der Zweck des Pariser Abkommens verstoßen wird, ist das sogar ein ausreichender Grund das Abkommen schlussendlich auszusetzen - auch wenn unklar bleibt, wie solch eine

Anna **CAVAZZINI** MdEP
Terry **REINTKE** MdEP
Sergey **LAGODINSKY** MdEP
Katharina **DRÖGE** MdB
Franziska **BRANTNER** MdB

Bewertung vonstattengehen sollte. UK bleibt den Klimazielen verpflichtet, bis 2030 wurde aber leider das alte EU-Klimaziel - 40 Prozent verankert. Das ist also der Benchmark, an dem sich UK (und die EU) nur messen lassen müssen.

Fairer Wettbewerb: Sozial- und Umweltdumping erschwert

Wir Grüne sind dafür eingetreten, dass unfaire Wettbewerbsbedingungen, die Umwelt- oder Sozialdumping in direkter Nachbarschaft der EU ermöglicht hätten, unbedingt vermieden sowie das europäische Vorsorgeprinzip verankert werden mussten.

- Wir begrüßen die **Nicht-Regressionsklausel**, die den Rückschritt hinter geltende Standards verhindern soll, bedauern aber, dass es zukünftig **keine dynamische Angleichung der Standards** auf beiden Seiten des Kanals geben soll.
- Mit Blick auf die zukünftige Entwicklung von Standards wurden hohe Hürden eingebaut, um einen unfairen Wettbewerb nachweisen und Maßnahmen ergreifen zu können: "eine signifikante Divergenz" und einen "Material impact". Hier bleibt abzuwarten, inwieweit sozial- und Umweltdumping passieren wird.
- Zum ersten Mal in einem Handelsabkommen kann die EU bei der Verletzung von **sozialen und Umweltstandards Maßnahmen ergreifen** (wie die Erhebung von Zöllen oder dem Aussetzen von Teilen des Abkommens) - das kann eine Blaupause für zukünftige Abkommen werden, an die wir die Kommission von jetzt an erinnern werden
- Auch für **staatliche Beihilfen** sind die fairen Wettbewerbsbedingungen einzuhalten und durchsetzbar. Es gelten verbindliche Prinzipien zur Kontrolle von Subventionen, die vor Gericht eingefordert werden können und schlussendlich zur Rückzahlung der Beihilfen führen können.
- Einige Fragen im Verbraucherschutz, wie beispielsweise anfallen Zollgebühren oder Zuständigkeiten für Onlinehandel sowie der Kooperation von Verbraucherschutzbehörden müssen noch geklärt werden. Wichtig sind auch solide **Marktüberwachungsmechanismen und Zollkontrollen**, die ein hohes Maß an Verbraucherschutz beispielsweise im Bereich der Produktsicherheit garantieren sollen.
- Im **Dienstleistungssektor** ist das Abkommen mit CETA identisch und basiert auf den von uns auch dort kritisierten Negativlisten etc. Es gibt keine Regelungen zu Berufsabschlüssen, was insbesondere für die britische Seite problematisch ist. Aber auch hier gilt: es war die Entscheidung UKs, ein Handelsabkommen anstelle einer engeren Kooperation anzustreben.
- Bei den **Streitbeilegungsmechanismen** und im Rahmen der regulatorischen Kooperation sind die Entscheidungsprozesse zwischen Kommission, Rat und Parlament noch ungeklärt. Wir fordern daher:

Anna **CAVAZZINI** MdEP
Terry **REINTKE** MdEP
Sergey **LAGODINSKY** MdEP
Katharina **DRÖGE** MdB
Franziska **BRANTNER** MdB

- Die europäischen Standards müssen vor möglichen Abweichungen geschützt werden, daher müssen die Regeln für die Einleitung von Streitbeilegungsverfahren, um gegen solche Abweichung vorzugehen, klar und durchsetzbar sein.
- Wir wollen, dass das Europaparlament die Kommission auffordern kann Verfahren einzuleiten und dass die Kommission klar definieren muss, unter welchen Bedingungen Abweichungen von Standards auch im Umwelt- und sozialen Bereich sanktionierbar werden. Aktuell ist dies sehr vage gehalten und die Abweichungen müssen „erhebliche Auswirkungen“ auf den Handel haben, was sehr schwer nachweisbar ist.

Die Einhaltung des Austrittsabkommens muss gestärkt werden

Das **Austrittsabkommen und das Nordirland-Protokoll** müssen eingehalten und stetig überprüft werden. Hier sind noch einige Klärungen notwendig, zum Beispiel bei der Kennzeichnung von Gütern, die Risiko laufen in die EU importiert zu werden. Solange das Nord-Irlandprotokoll nicht komplett implementiert ist, besteht die Gefahr, dass die Binnenmarktstandards unterlaufen werden. Daher muss Großbritannien entweder die notwendige Infrastruktur schaffen oder zusätzliche Vereinbarungen treffen.

Das große Manko: Mangelnde parlamentarische Kontrolle

Das Abkommen selbst ist extrem instabil ist, weil es viele Revisionsklauseln enthält und ein sogenanntes lebendes Abkommen ist. Gerade deshalb ist auch die parlamentarische Kontrolle so wichtig. Der neue Partnerschaftsrat, ein hohes Entscheidungsgremium aus Vertreter*innen von EU und UK, wird weitreichende Kompetenzen bekommen - bis hin zu einer Änderung des Abkommens. Hier setzt einer unserer Hauptkritikpunkte an: Das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und UK sieht **nur eine schwache parlamentarische Kontrolle** des Abkommens, seiner Weiterentwicklung und Umsetzung vor. Wir fordern eine starke Rolle des Europaparlaments, auch um das Einhalten europäischer Standards im Sinne der europäischen Bevölkerung zu bestärken. Ohne den eigentlichen Deal anzupacken, fordern wir Grüne daher:

- Die Kommission soll das EP vorab über Maßnahmen durch die EU **informieren** sowie im Vorfeld von Entscheidungen in gemeinsamen Ausschüssen des Abkommens involvieren, soweit diese das EU-Gesetzgebungsverfahren betreffen. Bei maßgeblichen Entscheidungen wie beispielsweise die der Beendigung oder Revision soll die Kommission die Zustimmung des EP einholen.
- Die **Einrichtung eines strukturierten Dialogs** zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission in Angelegenheiten der Durchführung des Abkommens.

Anna **CAVAZZINI** MdEP
Terry **REINTKE** MdEP
Sergey **LAGODINSKY** MdEP
Katharina **DRÖGE** MdB
Franziska **BRANTNER** MdB

- Das EP soll ein Mitglied der Auswahlkommission zur Bestimmung des Expertenpanels stellen.
- Das **hohe Datenschutz-Niveau der EU darf nicht unterlaufen werden**. Die Kommission muss sicherstellen, dass auf Gesetzesänderungen auf Britischer Seite schnell und entschieden reagiert wird.

Auch dank unserer starken, grünen Forderungen in diesem Bereich hat der Parlamentspräsident Sassoli von Kommissionspräsidentin von der Leyen in einem Brief Anfang Februar konkrete Zugeständnisse von der Kommission für die zukünftige parlamentarische Aufsicht des Abkommens vor der Zustimmung des Parlamentes eingefordert. Darin fordert das Parlament eine schriftliche Zusage, die in ein interinstitutionelles Abkommen übergehen soll. Auch in der Resolution¹, die das Parlament parallel zur Ratifizierung abstimmen wird, sind die Punkte maßgeblich. Die Grüne Bundestagsfraktion hat in einem Antrag in Form einer Stellungnahme nach Artikel 23 GG, die Forderungen des Europaparlaments nach wirksamer parlamentarischer Mitsprache bekräftigt.² Die Regierungsfractionen haben den Antrag abgelehnt.

Ein großer Kritikpunkt: Der Datenschutz im Abkommen

Ein weiterer großer Kritikpunkt an dem Abkommen sind die Regelungen zum **Datenschutz**. Bis auf Weiteres gilt eine **Übergangs-Regelung**, die die Grundvoraussetzung dafür ist, dass weiter Daten zwischen der EU und UK ausgetauscht werden können. Mitte Februar hat die Kommission einen Entwurf einer **Angemessenheits-Entscheidung** vorgelegt, der jetzt bis zum Ende der Übergangsfrist im April, oder bei Verlängerung bis Juni beschlossen werden muss.

Doch bereits zu Zeiten der EU-Mitgliedschaft war die Datenschutzgrundverordnung in Großbritannien nicht zufriedenstellend umgesetzt. Der britische Abhörgeheimdienst GCHQ muss die andauernde Massenüberwachung beenden und darf keinen Zugriff auf sensible Daten von EU-Bürger*innen haben. Dadurch könnten etwa europäische Passagier-, Kriminalitäts- und Immigrations-Datenbanken auch an die US-Geheimdienste abfließen. Wir Grüne fordern hier weiter, dass die Angemessenheits-Entscheidung der Kommission zurückgestellt wird.

¹ [MOTION FOR A RESOLUTION on the outcome of EU-UK negotiations \(europa.eu\)](https://www.europa.eu/press-room/media/30612)

² <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/287/1928786.pdf>

Anna **CAVAZZINI** MdEP
Terry **REINTKE** MdEP
Sergey **LAGODINSKY** MdEP
Katharina **DRÖGE** MdB
Franziska **BRANTNER** MdB

Schwache Regelungen bei Sicherheit, Menschenrechten und in der Außenpolitik

Im Abkommen wird geregelt, dass beide Seiten weiter die **Europäische Menschenrechtskonvention** anerkennen. Es scheint selbstverständlich, aber es schien in den Verhandlungen durchaus Bewegungen zu geben, mit der die britische Seite sich von diesem Konsens entfernen wollte. Dass das Beibehalten dieses Minimalkonsenses als Erfolg dargestellt wird, sagt leider viel aus über den Weg, auf dem sich die britische Regierung befindet.

Die weitere Kooperation im Bereich der **Strafverfolgungsbehörden** sind weitestgehend das, was wir als EP auch eingefordert haben, nämlich eine weiter enge Zusammenarbeit und Kooperation. Auch hier bleibt für uns allerdings die große, über allem schwebende Ausnahme des Datenschutzes. Wir hätten uns darüber hinaus stärkere Regelungen im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung und im Streitbeilegungsmechanismus gewünscht.

Enttäuschend ist, dass im **Bereich Migration und Asyl** eine gemeinsame Regelung fehlt. Großbritannien droht sich abzuschotten und die „europäische Lösung“ jetzt allein der EU zu überlassen. Durch diese fehlende Regelung, die im Austrittsabkommen bzw. der politischen Erklärung dazu angekündigt war, droht es jetzt das Familienzusammenführungen nicht mehr stattfinden können.

Auch im Bereich der Außenpolitik fehlt es an gemeinsamen Koordinierungs-Mechanismen. Wir bedauern, dass von Seiten Großbritanniens weder Interesse bestand, die **Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik**, noch im Rahmen der **Entwicklungszusammenarbeit** aufzunehmen. Angesichts der gemeinsamen Ansätze für einen wirksamen Multilateralismus scheint uns dies sehr kurzsichtig. Wir setzen uns für eine **Plattform für die systematische Koordinierung und Kooperation der Außen- und Sicherheitspolitik** ein, u.a. mit den Zielen der Zusammenarbeit bei friedenserhaltenden Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen, der Förderung der Kultur des Dialogs als Mittel der Konfliktverhütung, des Konfliktmanagements und der Konfliktlösung, sowie der Förderung der Rechte der Frauen und der Geschlechter und der Fortführung der bestehenden Zusammenarbeit in diesen Bereichen. Auch die Zusammenarbeit bei Fragen der demokratischen Entwicklung, der Reformprozesse und der demokratischen parlamentarischen Praktiken in Drittländern, einschließlich der Wahlbeobachtung, sollte über eine solche Plattform koordiniert werden.

Es bleibt abzuwarten, welche Wege mittelfristig und langfristig gefunden werden können und wie sehr sich Großbritannien auch in Zukunft am **Multilateralismus** orientieren wird. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Kooperation und Abstimmung im

Anna **CAVAZZINI** MdEP
Terry **REINTKE** MdEP
Sergey **LAGODINSKY** MdEP
Katharina **DRÖGE** MdB
Franziska **BRANTNER** MdB

Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik unseren gemeinsamen weltweiten Interessen entspricht und wir gemeinsam mit Großbritannien für Frieden, die Verteidigung von Menschenrechten, die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und nachhaltigem Wohlstand und den gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel eintreten müssen.

Gute Koordination sozialer Sicherungssysteme - Wir Grüne kämpfen für Erasmus

Überraschend positiv ist, dass das Abkommen die derzeit bestehenden Regeln zur **Koordination der sozialen Sicherungssysteme** fast vollständig übernimmt. Das begrüßen wir Grüne sehr. Bemerkenswert ist aber leider auch, was im Abkommen fehlt, und dabei besonders hervorstechend das **Erasmus-Programm**. Dabei wurde eine Lösung gefunden, mit der Studierende in Nord-Irland weiter am Erasmus-Programm teilnehmen können, für alle anderen Studierenden in Schottland, Wales und England sieht die Situation aber düster aus. **Schottland und Wales** haben bereits angekündigt auf eine weitere Teilnahme am Erasmus Programm zu drängen. Aufgrund des britischen Bildungssystems halten wir dies auch nicht für ausgeschlossen. Eine erste von uns Grünen mit-initiierte Anfrage in diese Richtung, die von mehr als 145 Parlamentarier*innen unterstützt wurde, wurde von der Kommission zwar anders bewertet. Wir werden im parlamentarischen Prozess aber weiter überprüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten es hier gibt.